

Kurz & bündig

Akademikerkinder studieren

Der Bildungsgrad der Eltern bestimmt in Deutschland, wer studiert. Während 83 Prozent der Akademikerkinder studieren, gelangen nur 23 von Hundert Kindern mit Eltern ohne Hochschulabschluss an eine Uni oder FH. Das ist die Lage vor der Einführung von Studiengebühren, wie sie die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks dokumentiert.

www.sozialerhebung.de

Hessen hinten

Eine kritische Bilanz von sieben Regierungsjahren der CDU in Hessen verlegt der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Neben verschiedenen Politikfeldern behandelt das Buch die Hessische Verfassung mit ihren progressiven Potentialen im Gegensatz zur verfasten Wirklichkeit Hessens.

<http://www.bdwi.de/>

Exmatrikulation droht

Studierende, die den Hochschulbetrieb stören, können künftig vom Präsidenten exmatrikuliert werden. So steht es im neuen Paragraph 68 des Hessischen Hochschulgesetzes, den der CDU-dominierte Landtag am 27. September verabschiedete. „Der Willkür wird Tür und Tor geöffnet“, kritisiert Carmen Ludwig von der GEW Hessen die Regelung: „Der Wortlaut des Paragraphen ist interpretationsoffen und bedeutet für die Studierenden in der Konsequenz eine massive Rechtsunsicherheit.“

Wirtschaft dominiert Hochschulräte

Unis mit vielen Drittmitteln aus der Wirtschaft haben mehr Unternehmensvertreter in ihren Hochschulräten. Zu diesem Fazit gelangen Forscher der Universität Duisburg-Essen. Insgesamt stammen 41 Prozent aller Hochschulräte aus einer Universität. 33 Prozent kommen aus Unternehmen oder deren Verbänden, nur ein Prozent aus den Gewerkschaften. Fast die Hälfte der Vorsitzenden von Hochschulräten sind Wirtschaftsvertreter.

Hessen verteidigt die Verfassung: Fast 80.000 klagen gegen Gebühren

In diesem Semester erheben sieben von 16 Bundesländern Studiengebühren. In Hessen haben knapp 80.000 hessische Wahlberechtigte gegen das „Studienbeitragsgesetz“ der CDU-Landesregierung den Staatsgerichtshof angerufen. Noch vor dem Gericht kann das Volk entscheiden: Am 27. Januar sind Landtagswahlen.

Das Gebührenzeitalter begann mit Pannen: Die Uni Marburg verschickte etliche Gebührenbescheide ohne gültige Rechtsgrundlage. In Darmstadt warten viele Studierende noch auf einen Bescheid. Das Verwaltungsgericht Gießen befand die „Studienbeiträge“ für verfassungswidrig. Ein Giessener Student muss nun nicht zahlen. Das Geld der Studierenden wird teilweise zweckwidrig ausgegeben: um Teppiche zu legen oder Wände zu streichen. Aus verschiedenen Gründen mussten die ASten den Gebühren-Boykott abbrechen.

Unterschiedlich fielen die Gebührensätzen der Hochschulen aus. Sie legen fest, woran man die zehn Prozent der Studierenden erkennt, die als die besten von Gebühren befreit sind, und wie Studierende ihr Geld zurück bekommen, wenn sich ihr Studium etwa wegen fehlender Seminare verzögert. An der Uni Gießen muss man dafür jeweils innerhalb von zwei Wochen die Unterschrift des Studiendekans einholen.

Derweil geht das Tauziehen um Studiengebühren weiter. Ende Mai sagte CDU-Fraktionschef Christian

Wagner, die Gebührengegner seien von einer Zustimmung in der Bevölkerung „meilenweit entfernt“. Am 22. Juni wurde die Volksklage von fast 79.000 Wahlberechtigten gegen Studiengebühren eingereicht. Die CDU hat in Hessen etwa 70.000 Mitglieder. Die Volksklage wird von den Juraprofessoren Dr. Georg Hermes (Uni Frankfurt) und Dr. Thomas Groß (Uni Gießen) sowie von Rechtsanwalt Dr. Hauack-Scholz (Marburg) vertreten. Sie stützt sich auf Artikel 59 der Hessischen Verfassung und auf den UN-Sozialpakt, der die Unterzeichnerstaaten zur Abschaffung von Gebühren verpflichtet. Auch die Fraktionen von SPD und Grünen und die Frankfurter Professorin Ute Sacksofsky, die als Landesanwältin eine Art Staatsanwältin beim Staatsgerichtshof ist, haben Klagen eingereicht. Das Gericht hatte die damaligen „Hörerfelder“ bereits 1949 für verfassungswidrig erklärt. Das Urteil wird erst nach der Landtagswahl am 27. Januar erwartet.

Andreas Staets (Marburg)

Die Vertrauenspersonen der Verfassungsklage gegen Studiengebühren mit einem Teil der 78.000 Klage-Formulare bei deren Übergabe am 22. Juni in Wiesbaden. Von links Prof. Dr. Franz Segbers, Geschäftsführer des Bündnisses soziale Gerechtigkeit in Hessen, Studierendenvertreter Mike Josef und der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell.



Länger gemeinsam lernen sollen nach dem Willen der GEW nicht nur Schülerinnen und Schüler sondern auch ihre LehrerInnen.



Sollen Pädagogen gemeinsam lernen? GEW will ein Basisstudium für alle

Hierarchien in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen je nach Bildungsstufe sind nicht mehr zeitgemäß, befand die Bildungsgewerkschaft GEW vor zwei Jahren: Lehrkräfte, SozialpädagogInnen und ErzieherInnen sollten anfangs gemeinsam studieren. Mathias Lomb, der neue Jugendbildungsreferent der GEW in Nordhessen, erläutert das Konzept.

„Kleine Kinder – kleines Studium, große Kinder – großes Studium“, nach diesem Prinzip werden in Deutschland bisher Pädagoginnen und Pädagogen ausgebildet. Dahinter steht die Annahme, die höhere Bildung sei die wichtigste und schwierigste, weshalb nach wie vor diejenigen, die die älteren Schülerjahrgänge unterrichten, die längste Ausbildung, das höchste Einkommen und die meiste Zeit für Vor- und Nachbereitung haben. Ergebnisse der Bildungsforschung und

Erfahrungen anderer Länder stellen diese Rangordnung massiv in Frage und betonen etwa die zentrale Bedeutung der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig benötigen alle Pädagoginnen und Pädagogen gleiche Kompetenzen, die bisher oft zu wenig vermittelt werden – beispielsweise Diagnostik, Methoden, Planung und Evaluation, Wissen etwa über Sozialisation, Lehren und Lernen und erziehungswissenschaftliche Theorien.

Deshalb hat die GEW auf ihrem Gewerkschaftstag im April 2005 einen wegweisenden Beschluss gefasst: „Die Ausbildung aller Pädagoginnen und aller Pädagogen erfolgt an Hochschulen. Die Grundausbildung aller pädagogischen Professionen ist gleich. Dem einheitlichen Basisstudium folgt das arbeits- und berufsfeldbezogene Hauptstudium. Die Ausbildung vermittelt wissenschaftliches, historisches und kritisches Denken sowie die Kompetenz zur Reflektion der eigenen Bildungsbio-graphie und der Geschlechterrolle. Wenn Pädagoginnen und Pädagogen in andere Bereiche des Bildungssystems wechseln, werden Ihnen entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.“

Mit der Ausgestaltung einer gemeinsamen Ausbildung von Pädagogen und Pädagoginnen hat die Bildungsgewerkschaft bereits begonnen. Erste Ergebnisse sind unter dem Titel „Kinder und Jugendliche im 21. Jahrhundert professionell begleiten – Für eine gemeinsame Pädagogenausbildung“ unter www.gew.de dokumentiert. Für die GEW gilt es nun, die Diskussion nicht nur am Leben zu halten, sondern auch bildungspolitisch Wirklichkeit werden zu lassen.

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Carmen Ludwig, Jonas Baumann (Layout), Amin Bennaissa, Tobias Cepok, Kai Dietzel, Max Fuhrmann, Mathias Lomb, Juko Marc Lucas, Martin Scholl und Andreas Staets.

Bilder: S.1 DGB, S.2 Thomas Pläßmann, S. 3 Barbara Dietz-Becker und Max Fuhrmann, S. 4 Mathias Lomb und OpenOffice.org.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

Termine

Do, 15. November

Podiumsdiskussion: „Illegalisiert in Deutschland – Kein Recht auf Bildung?“ u.a. mit Tillmann Löhr (Jurist), Marei Pelzer (Pro Asyl) und Angelika Wahl (Stadtverbindungslehrerin Frankfurt), Veranstalter: GEW Studierenden-gruppe an der Uni Frankfurt. 19 Uhr, Frankfurt: Café KOZ, Studierendenhaus, Campus Bockenheim

16. bis 18. November

Seminar: *Hochschulautonomie: Wie kann eine demokratische Hochschulreform aussehen?* u.a. mit Prof. Dr. Wolfgang Nitsch, (Oldenburg) und Torsten Bultmann (BdWi), Veranstalter: GEW Hessen, Bundesstudierenden-ausschuss (BASS) der GEW, Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit. Anmeldung und Information: info@gew-hessen.de Ab Freitag 15 Uhr in Marburg

Mi, 28. November

Podiumsdiskussion: „Hochschul- und Bildungspolitik 2013“ u.a. mit den hochschulpolitischen Sprecher/innen der Landtags-Frak-tionen, Moderation: Klaus Pradella (hr), Veranstalter GEW Studierenden-gruppe Gießen und GEW Hessen. 18.30 Uhr in Gießen: Kongresshalle

Mo, 21. Januar 2008

„Referendariat? – Infos & News...“ Info-Veranstaltung zu Einstellungsperspektiven und Referendariat, Veranstalter: GEW Hessen und Zentrale Studienberatung 16.15 – 18.00 Uhr in Frankfurt, Konferenzraum I+II, alte Mensa, Campus Bockenheim

Kurz & bündig

Rechtshilfonds der GEW

Um Studierende zu unterstützen, die wegen der Studiengebührenproteste angeklagt sind, hat die GEW Hessen einen Rechtshilfonds eingerichtet. „Wir wollen damit einen Beitrag zur Übernahme der Prozesskosten leisten“, so die stellvertretende Landesvorsitzende Carmen Ludwig. „Dabei sind wir auf Spenden angewiesen: Jeder noch so kleine Betrag ist eine große Hilfe!“ Der Rechtshilfonds soll über die Marburger Autobahn-Verfahren hinaus bestehen bleiben, um auch in ähnlichen Fällen helfen zu können. Spenden bitte an die GEW (Konto 10 022 020 00 bei der SEB, BLZ 500 101 11) mit dem Stichwort „Rechtshilfonds“.

Steinbergs schöne neue Welt Universität Frankfurt wird Stiftung

In den Semesterferien hat die CDU im Landtag das neue Hessische Hochschulgesetz verabschiedet. Kernpunkt ist die Umwandlung der Johann Wolfgang Goethe-Universität in eine Stiftung, an der der Präsident und ein externer Hochschulrat das Sagen haben. Amin Benaisa, Studiendendensprecher der GEW Hessen, kommentiert.

Die Frankfurter Stiftungsuniversität wird im Januar Wirklichkeit. Eine schöne neue Welt wird der Öffentlichkeit wie auch den Betroffenen mit großem medialem Aufwand versprochen. Was steckt dahinter? Beim Frankfurter Modell vor allem weiterer Demokratieabbau und Autonomie gegenüber der Politik im Tausch gegen mehr Mitbestimmung der Privatwirtschaft und sonstiger Spender. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Universitätsmitglieder drohen dabei endgültig über Bord zu gehen. Die kaum vorhandenen Debatten im Senat ist dabei Spiegelbild des Status Quo: Trotz vorhandener Kritik bis hin zur Ablehnung wagte sich kaum jemand öffentlich der Universitätsleitung zu widersprechen oder etwa im Senat gegen das Projekt zu stimmen.

In den Medien werden die Klagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die bundesweit Wirklichkeit werdenden „Präsidialdiktaturen“ immer lauter. So hatte die aus der Rüstungsindustrie kommende Präsidentin der Hamburger Universität allen Beschäftigten die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit verboten. Natürlich fällt es den abhängig Beschäftigten an der Hochschule schwer, ihre Meinung offen kund zu tun. Zu viele Negativbeispiele haben in der Vergangenheit gezeigt, dass kritische Köpfe kaum Aussicht auf Vertragsverlängerung oder Beförderung haben. Die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb wird gerade in Frankfurt noch zunehmen: Nur noch befristete Tätigkeiten selbst für

die neuen ProfessorInnen statt Verbeamtung und viele weitere Verschlechterungen bedeuten vor allem eine größere Abhängigkeit vom Arbeitgeber, also dem Präsidenten. Sichere Jobs wird es für Neugestellte an der Stiftungsuniversität nur in Ausnahmefällen geben.

Die Studierenden allein sind mit dem anstehenden Kampf um Mitbestimmung überfordert, die Beschäftigten sind der Schlüssel. Nur durch eine starke und gut organisierte ArbeitnehmerInnenvertretung wird es möglich sein, ein tatsächliches Gegengewicht zu den Allmachtsfantasien der Präsidien neuen Typs zu bilden. Die Gewerkschaften werden in Zukunft eine zentrale Rolle spielen müssen, um den Beschäftigten und Studierenden zu mehr Rechten zu verhelfen.



Der VWL-Student Amin Benaisa ist ehemaliger AStA-Vorsitzender der künftigen Stiftungs-Uni Frankfurt und Studiendendensprecher der GEW Hessen.

Freie Fahrt statt Demonstrationsrecht? Hartes Urteil gegen Autobahnbesetzer

Gegen Studiengebühren gingen in Hessen 2006 zehntausende Studierende auf die Straßen – und Autobahnen. Drei von ihnen wurden im August vom Amtsgericht Marburg zu Bewährungsstrafen bis zu 6 Monaten verurteilt. Die friedliche Demonstration, die im Mai 2006 auf die Stadtautobahn führte, war von der Polizei nicht aufgelöst worden. Die damalige Marburger AStA-Vorsitzende Lena Behrendes und zwei Kommilitonen wurden angezeigt, weil ihre Namen bekannt waren. Nach dem Prozess sprach Carmen Ludwig mit dem verurteilten Max Fuhrmann.

Hat Dich der Strafbefehl wegen der Autobahnbesetzung überrascht?

Als im März der Strafbefehl in meinem Briefkasten lag, war ich schon überrascht. Ich musste erst mal nachdenken, was am 11. Mai 2006 passiert war und wieso ich mich der Nötigung schuldig gemacht haben sollte.

Euer Widerspruch gegen den Strafbefehl führte nun zu Freiheitsstrafen auf Bewährung und je 200 Stunden Arbeit bei der Straßenmeisterei. Wie hast Du den Prozess vor dem Amtsgericht Marburg erlebt?

Es war stellenweise schon lustig: Der Staatsanwalt kam braun gebrannt aus dem Urlaub und musste des Öfteren zugeben, dass er die Aktenlage nicht kenne. Die Zeugen – alle Polizisten – widersprachen sich selber und gegenseitig. Besonders nett war, als ein Zeuge, der durch die Nachfragen einer Verteidigerin verunsichert war, ständig den Staatsanwalt anschaute und schlussendlich den Chef des Staatsschutzes der Marburger Polizei im Publikum direkt ansprach. Der war

von seiner „Enttarnung“ gar nicht so erfreut. Der Höhepunkt war aber natürlich der Richter mit seinem absurden Urteil. Irgendwo aber auch beängstigend wie willkürlich Gerichte agieren können.

Wie geht es nun weiter?

Wir haben Rechtsmittel eingelegt und warten auf das schriftliche Urteil. Die nächste Runde wird wahrscheinlich nicht vor November starten. Wir drei sind alle froh, dass nach der anstrengenden Zeit bis zum Semesterbeginn erst mal Ruhe ist.

Strafverfahren sind ja eine teure Angelegenheit. Was wird euch das Verfahren schätzungsweise kosten und wie bringt das Geld auf?

Wenn uns das Gericht in der nächsten Instanz zu einer von der Staatsanwaltschaft geforderten Geldstrafe verurteilt, werden sich unsere Gesamtkosten auf etwa 13.000 Euro belaufen. Außerdem wollen wir mit unserer Soli-Kasse einen weiteren Kommilitonen, der eine ähnliche Anklage hat, unterstützen, was weitere 4.000 Euro Kosten bedeutet.



Neben vielen Privatpersonen, Parteien und „Promis“ unterstützen uns die Gewerkschaften enorm. Verdi zahlt meine Prozesskosten und die GEW hat einen Rechtshilfefond eingerichtet. Das hilft uns natürlich und zeigt vielleicht anderen Menschen: Lasst euch nicht einschüchtern, wenn's drauf ankommt seid ihr nicht allein!

Ihr habt euch entschieden, an die Öffentlichkeit zu gehen und auf die politische Dimension dieser Verfahren aufmerksam zu machen. Eine richtige Strategie?

Ja, auf alle Fälle. Das hat uns zwar ein hartes Urteil eingebracht, das Thema der unsozialen Studiengebühren und auch die Willkür deutscher Gerichte in politischen Prozessen deutlich gemacht. Das ist mir lieber als im Stillen mit einer Geldstrafe wegzukommen. Außerdem geht es um das Recht auf Demonstrationsfreiheit – das sollte alle interessieren. Aktuelle Infos: www.marburg-b3a.de

Die in erster Instanz verurteilten Autobahnbesetzer Max Fuhrmann und Lena Behrendes mit Hartmut Möller (von links) vom GEW Kreisverband Marburg, der den beiden einen Scheck über 1000 Euro für den Rechtshilfefonds der GEW-Hessen übergibt.

Kurz & bündig

Kein Berufsverbot in Hessen

Nach jahrelanger Auseinandersetzung hat es Michael Cszakóczy geschafft: Der wegen seines antifaschistischen Engagements in Baden-Württemberg und Hessen abgelehnte Lehrer darf nun unterrichten. Nachdem beide Länder Prozesse verloren, stellte das Regierungspräsidium Karlsruhe den engagierten Lehrer nun ein. Über diesen Erfolg freut sich auch die GEW, die Cszakóczy durch alle Instanzen unterstützt hat: „Ein klares Signal gegen das von diesen Landesregierungen gewollte Duckmäusertum“, kommentierte Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen.

Neuer Jugendbildungsreferent

Mathias Lomb heißt der erste Jugendbildungsreferent der GEW in Hessen. Von seinem Büro beim GEW-Bezirksverband in Kassel aus ist er seit Oktober für Studierende, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und junge Lehrerinnen und Lehrer in Nordhessen da. Kontakt: mathias.lomb@gew-nordhessen.de

Ökonomisierung von Bildung

Vor der Verbreitung marktwirtschaftlichen und unkritischen Denkens ab der Grundschule warnt die GEW-Jugendgruppe Marburg in einem Positionspapier zur Ökonomisierung der Bildung. Die Gruppe will neben Studierenden auch SchülerInnen und Auszubildende ansprechen. Sie fordert Bildung gemäß den Bedürfnissen der Lernenden und ein Bafög, das ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Für öffentlichkeitswirksame Aktionen werden weitere MitstreiterInnen gesucht.
www.gew-mittelhessen.de/Wissenschaft/
Mail: gew-jugendgruppe@gmx.de



Mathias Lomb, erster Jugendbildungsreferent der GEW Hessen.

**Office zum kostenlosen Download
Open Office, freies Softwarepaket**

Die Alternative zu undurchsichtigen und teuren Computer-Programmen heißt Freie Software. Das sind Programme mit offen gelegtem Quellcode, die von jedermann verändert, verbessert, kostenlos weitergegeben und benutzt werden können. Freie Gruppen von Programmierern fordern damit die Softwarekonzerne heraus. Diesmal stellen wir die Alternative zu Microsoft Office vor.

OpenOffice.org ist eine freie Office-Suite, die nahtlos das alteingesessene Microsoft Office mit Word, Excel und PowerPoint ersetzen kann. Die Software ist für Windows, Mac OS X, Linux und verschiedene Unix-Systeme verfügbar. OpenOffice.org gibt es auch in der Version „Portable“, bei der man OpenOffice.org etwa von einem USB-Stick aus ohne Installation und ohne Änderung am System ausprobieren kann. Die OpenOffice.org-Suite bietet die Module Writer für die Textverarbeitung, Calc für Tabellenkalkulation, Impress für Präsentationen und Base für Datenbanken etwa für Bibliografien oder Serienbriefe. Das Grafikprogramm Draw sowie das Modul Math für mathematische Formeln runden das Paket ab. Das Softwarepaket bietet zum Datenaustausch offene Schnittstellen und Dateiformate an, kann aber auch problemlos mit den Formaten von Microsoft (.doc, .xls und .ppt) umgehen. Das bedeutet: Auch mit Nutzerinnen und Nutzern von Microsoft Office 2003 oder älteren Office-Versionen können Dokumente ausgetauscht werden. OpenOffice.org ist eine Weiterentwicklung des kommerziellen Star Office, das bis zur Freigabe des Quellcodes im Jahr 2000 von Sun Microsystems vertrieben wurde. Inzwischen gibt es OpenOffice in der Version 2.3 in mehr als 80 Sprachen zum kostenlosen und freien Down-

load. Der Marktanteil von OpenOffice wird auf 3 bis 15 Prozent geschätzt – Tendenz steigend. Wer es auf exakte Rechtschreibung anlegt, kann mit dem „Duden Korrektor für OpenOffice.org“ auch eine Rechtschreibprüfung des Duden-Verlags für etwa 20 Euro erwerben.

Juko Marc Lucas und Martin Scholl
http://de.openoffice.org
und für den Mac http://www.neooffice.org/neojava/de/index.php

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Infomaterial erhalten (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

GEW-Landesstudierendensprecher

Nora Rothauge, Amin Benaissa und Kai Dietzel: studierende@gew-hessen.de

Marburg

Saida Ressel, GEW-Jugendgruppe Marburg, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: saidaressel@web.de

Kassel

Sebastian Lenth, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
Tel: 0561/ 77 17 83
Mail: Sebastian.Lenth@gew-nordhessen.de

Frankfurt

Nora Rothauge, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Fax: 069/ 97 12 93 93
Mail: N.Rothauge@web.de
Web: http://www.gew-uniffm.de

Gießen

Tobias Cepok, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behaghel-Straße 23-27, 35394 Gießen,
Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tobiascepok@aol.com

Kupon

Ich möchte...

- Infos über die GEW-Positionen
 - zu studentischen Hilfskräften
 - zur Promotionsphase
 - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
 - zu Kinderarmut und Harz IV
- die Broschüre der DGB-Jugend „Was tun Gewerkschaften“
- Infos zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW
- die GEW-Broschüre „Jobben und Studium“
- eine Ausgabe der GEW-Studi-Zeitung read.me

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: astaets@gew-hessen.de

